

Gegenseitiger Antrittsbesuch im Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung

Wir sind für einen Digitalisierungsschub bereit.



Jennifer Otto, Markus Stöhr, Steffi Loth, Christopher Hanschke, Dörte Schall, René Klemmer und Aline Raber trafen sich zu einem ersten Kennenlernen.

Foto: Lucy Webb Weillacher

Das es sich um einen gegenseitigen Antrittsbesuch handeln wird, war bei der Vereinbarung des Termins noch nicht klar. So trafen wir Ende August auf eine erst kurz im Amt befindliche Ministerin Dörte Schall, die ja unter anderem berufliche Erfahrung als Gewerkschaftssekretärin bei der IG Bergbau, Chemie und Energie hat.

So ging es in dem Gespräch um die Vorstellung der GdP im Allgemeinen und beson-

ders intensiv um die Nachwuchsgewinnung. Die besonderen Anforderungen im Bereich Tarif wurden von René Klemmer dargestellt, der ausführte, wie schwierig die Gewinnung von spezialisierten Tarifbeschäftigten ist, wie z. B. im Bereich IT.

Eine große Bandbreite an Unterstützungsmöglichkeiten durch KI wurde von Christoph Hanschke und Jennifer Otto aus der polizeilichen Praxis dargestellt: die

Vorteile, aber auch Hemmnisse rund um das mobile Endgerät und wie hilfreich die Spracherkennung wäre. Für innovative Ideen zur Einsatz- und Ermittlungsunterstützung, aber auch Hilfe in der Verwaltung in der Polizei braucht es Personal, das dies umsetzt, gute Netzabdeckung und vieles mehr. Videoübertragungen, GPS-Ortungen, Übersetzungsprogramme für die Führungszentralen, aber auch alle Wachen im Land sind die Zukunft. Hier werden wir uns für einen Schub nach vorne einsetzen und schauen uns den Doppelhaushalt genau an. ■



DP – Deutsche Polizei
Rheinland-Pfalz

Geschäftsstelle
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Telefon (06131) 96009-0
Telefax (06131) 96009-99
www.gdp-rp.de
gdp-rheinland-pfalz@gdp.de

Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion
Stefanie Loth (v.i.S.d.P.)
Gewerkschaft der Polizei
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Telefon (06131) 96009-0
Telefax (06131) 96009-99
stefanie.loth@gdp.de



TARIFKONFERENZ 2023 – MINISTERIUM REAGIERT AUF VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Tarifkonferenz 2023 und was bis heute passiert ist

Im Frühjahr 2023 waren die Tarifbeschäftigten der Polizei gefragt: Im Rahmen der Tarifkonferenz erfolgte ein spezieller Blick auf den Tarifbereich. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben in Workshops ihre Anregungen und Ideen gesammelt, um diesen Bereich weiterzuentwickeln. Im Anschluss wurden die Ergebnisse durch die Mitglieder des Fachausschusses aufgearbeitet und zusammengefasst. Im Rahmen eines Besuches bei Innenminister Michael Ebling im Oktober 2023 wurden die Ideen und Vorschläge vorgetragen und auf den massiven Handlungsbedarf im Verwaltungs- und Tarifbereich hingewiesen. Nun hat der Innenminister erste Vorschläge und Ideen auf den Weg gebracht.

Bei unserem Austausch mit dem Innenminister wurden die unterschiedlichen, teilweise sehr abweichenden Verfahrensweisen im Zusammenhang mit Stufenvorweggewährung und Anerkennung von Berufserfahrung vorgetragen. Anfang dieses Jahres fand ein landesweiter Workshop unter der Leitung des MdL statt, der sich u. a. mit dieser Thematik befasst. Im Ergebnis wurden die Regelungen nochmals zusammengefasst und den Behörden eine einheitliche Verfahrensregelung an die Hand gegeben. Wir brauchen innerhalb der Polizei keine Konkurrenzsituation, die ist durch die Privatwirtschaft groß genug. Daher war dies ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Das Ministerium hat in einem Folgeauftrag weitere Ziele beschrieben und möchte gemeinsam mit dem Hauptpersonalrat weiter an schlankeren Regelungen arbeiten.



Foto: Rene Weimer

Haushaltsplanung 2025/2026

Das Projekt Kribe sorgt innerhalb der Polizei für viel Aufmerksamkeit und ist einer der größten Veränderungsprozesse der letzten Jahre. Durch die Einrichtung der Zentralen Anzeigenbearbeitung, seit 1. Juli K 16, wurden auch für den Tarifbereich Perspektiven eröffnet. Wir haben als GdP in vielen Gesprächen auf politischer Ebene für zusätzliche Tarifstellen im Haushalt geworben. Durch die Unterstützung von Tarifbeschäftigten können so Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte aus den Bereichen S und K entlastet werden, und gleichzeitig haben Beschäftigte die Möglichkeit, ein interessantes Tätigkeitsfeld zu besetzen. Diese Stellen, die landesweit einheitlich in der EG 9a bewertet sind, ermöglichen eine neue Perspektive und Entwicklungsmöglichkeiten. Nach unzähligen Debatten ist es nun gelungen, dass im Haushaltsentwurf 2025/2026 elf Stellen in der EG 9a beantragt werden. Der Entwurf steht noch unter dem Vorbehalt der parlamentarischen Zustimmung. Wir werden als GdP genau darauf achten, dass dieser Part nicht verändert wird.

Ebenso wurde uns zugesagt, dass die Behörden sich mit einer Erarbeitung eines Vorschlags für die Festlegung von für Tarifbeschäftigte geeigneten Führungspositionen beschäftigen. Wir brauchen dringend Perspektiven für unsere Kolleginnen und Kollegen. Es gibt viele Möglichkeiten der Weiterentwicklung – man muss es nur wollen.

Isabel Sorg

Isabel Sorg, verantwortlich für den Fachausschuss Tarif, stellt hier den Zwischenstand nach der Tarifkonferenz dar.



KOMMENTAR VON JÖRG SCHMITT-KILIAN, KHK IM RUHESTAND

SHIT happens am 1. April: kein Aprilscherz

Einige Politiker und „der Rest der Gesellschaft“ (vermutlich die große Mehrheit) haben bis zum Inkrafttreten des neuen Cannabisgesetzes (CanG) insgeheim gehofft, dass ein „handwerklich unprofessionell“ vorbereitetes Gesetz (diese Meinung ungeachtet einer Pro- oder Kontra-Einstellung) nochmals überarbeitet wird. Viele vertrauten mit Blick auf „verantwortungsvoll Regierende“ darauf, dass man die (Gegen-)Argumente „ernst nimmt“. Warum wurden Bedenken sogar von einigen Ministerpräsidenten sowie Parteimitgliedern der „Befürworter“ und von Polizei, Justiz, Suchtmedizinern und weiteren mit dem Thema beruflich tangierten Fachdisziplinen „überhört“, man möge vor Inkrafttreten zumindest klare Rahmenbedingungen verankern und Rechtssicherheit schaffen? Die Hoffnung stirbt zwar zuletzt, aber sie wurde am 1. April „zu Grabe getragen“, denn dies ist keiner der jährlichen Aprilscherze; ab sofort ist der „Umgang“ mit der bis dato illegalen Volksdroge Cannabis unter den im „Gesetz zum kontrollierten Umgang mit Cannabis und zur Änderung weiterer Vorschriften (Cannabisgesetz – CanG)“ genannten Voraussetzungen erlaubt, und ich kann in diesem Artikel nur die wichtigsten Punkte ansprechen.

Konkrete Regelungen

Ab dem 18. Lebensjahr ist der Besitz von 25 Gramm Cannabis zum Eigenkonsum und am Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthaltsort und der Besitz von bis zu 50 g und der Anbau von drei Cannabispflanzen nicht mehr verboten. Es besteht ein generelles Konsumverbot in Gegenwart von Minderjährigen (Wer soll/kann/darf das überprüfen?).

In Sichtweite von Schulen, Kinderspielflächen, Kinder- und Jugendeinrichtungen, in öffentlich zugänglichen Sportstätten, in Fußgängerzonen zwischen

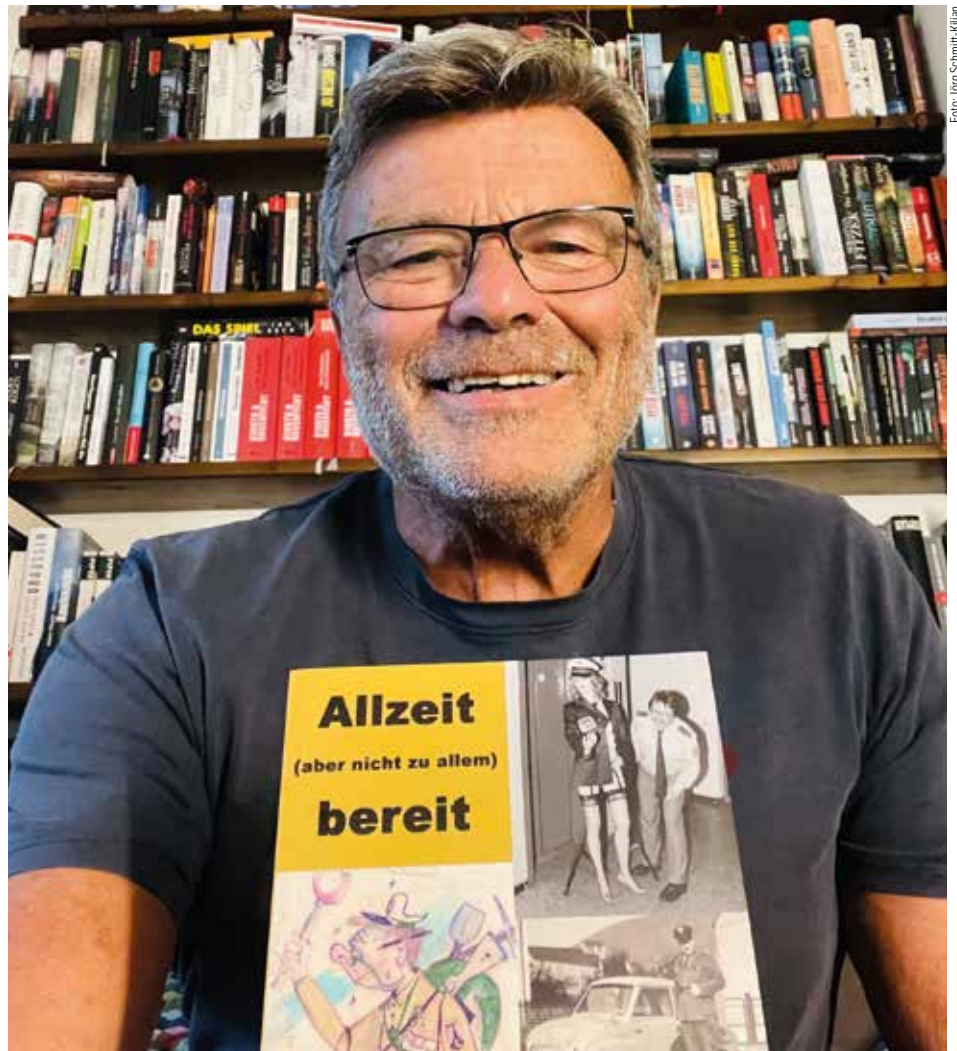


Foto: Jörg Schmitt-Kilian

Jörg Schmitt-Kilian hat zahlreiche Bücher (u. a. Spiegelbestseller „Vom Junkie zum Ironman“, verfilmt mit Uwe Ochsenknecht, Leslie Malton und Max Riemelt) geschrieben. Vor Inkrafttreten des CanG diskutierte er im Auftrag der GdP mit Politikerinnen der Regierungsfractionen über „pro und kontra“ einer Legalisierung. Sein Jugendroman SHIT basiert auf wahren Begebenheiten und wird bei Suchtpräventionsprojekten an vielen Schulen als Begleitlektüre gelesen. Weitere Infos per Mail an polizeikrimis@online.de

7 und 20 Uhr (Kinder und Jugendliche sind auch nach 20 Uhr noch in der Öffentlichkeit zu sehen!) und in Sichtweite militärischer Bereiche der Bundeswehr ist der öffentliche Konsum verboten. Als Sichtweite der im CanG genannten Einrichtung

gen wurde (außer in den Fußgängerzonen) mehr als 100 Meter vom Eingangsbereich festgelegt (Müssen Ordnungsbehörden und Polizei ständig ein Maßband oder ein spezielles Gerät zur Messung des Abstandes mit sich führen?).



THC-Gehalt

Die Cannabisabgabe an Heranwachsende darf einen THC-Gehalt von 10 % nicht überschreiten (Seit wann wird bei Kontrollen vor Ort der THC-Gehalt gemessen?).

Die Anbauvereinigung soll insbesondere auf die Warnung von Suchtmedizinern über neurologische und gesundheitliche Schäden beim Konsum im Alter von unter 25 Jahren hinweisen (Wieso wurde dann nicht erst ab 25 freigegeben?).

Der Kinder- und Jugendschutz soll durch einen Präventionsbeauftragten mit spezifischen Beratungs- und Präventionskenntnissen (?) gesichert werden. (Kinder und Jugendliche haben doch keinen Zutritt?)

Ich bin der festen Überzeugung (eine beliebte Floskel in der Politik), dass es weitere Schwierigkeiten bei der Umsetzung des neuen Cannabisgesetzes geben wird, an die diese Väter (und Mütter) des mehr ideologisch als sachlich fundiert (was die Umsetzung in der Praxis betrifft) geprägten Gesetzes offensichtlich noch nicht einmal im Traum gedacht haben. Wurde hier aus Zeitnot und unter dem enormen Druck der Befürworter des Gesetzes der dritte Schritt vor dem ersten gemacht?

Es gibt momentan weder Anbauvereinigungen noch legal angebaute Cannabispflanzen. Der Anbau ist erst nach Erteilung einer Genehmigung rechtlich möglich. Der Antrag konnte in Rheinland-Pfalz erst ab dem 1. Juli 2024 gestellt werden und bis zur Genehmigung werden weitere drei Monate vergehen. Bis zur Ernte einer guten Qualität können je nach Sorte mehrere Wochen, bei einigen mehr als drei Monate vergehen, so dass die (gesetzlichen) Voraussetzungen für eine „Anwendung“ des Gesetzes erst gegen Ende des Jahres möglich sind.

Und was ist eine gute Qualität bei Cannabisprodukten? Beim Blick in den Bundeslagebericht 2023 des BKA werden selbst unbedarfte Betrachter eine gewisse Unkenntnis (oder das bewusste Wegschauen?) über den wahren (Drogen-)Alltag erkennen. Nur ein Beispiel: Heranwachsende dürfen lediglich Haschisch mit einem THC-Gehalt von maximal 10 % erwerben, obwohl sich der THC-Gehalt bei Haschisch in den letzten zehn Jahren mit 26 % (median) mehr als verdoppelt und bei Marihuana auf 14,4 % gestiegen ist. Ich zitiere

aus einem Interview mit einem 19-jährigen Langzeitkiffer am 1. April (und das ist kein Fake!): „Zehn Prozent sind lächerlich, das genügt mir nicht. Ich kiffe seit vier Jahren, wurde noch nie erwischt und werde weiterhin bei meinem Dealer einen echt guten Stoff kaufen.“ Weitere Recherchen in der Szene und Gespräche mit Rauschgiftsachbearbeitern bestätigten mich in meiner Meinung, dass Lauterbachs „gebetsmühlenartige“ Warnungen über mit Heroin gemischtes Haschisch noch nie ernst genommen wurden, und ich frage für einen Freund: Wurde Lauterbach (der zuvor gegen eine Freigabe war) von den Befürwortern mit falschen Daten „gefüttert“?

Wen würde es also wundern, wenn die OK unter diesen Bedingungen den höheren THC-Gehalt zum günstigeren Preis anbieten wird? Bei einem geschätzten Jahresumsatz der Drogenkartelle von mehreren Hundert Milliarden US-Dollar (!) konnten zwar Verbote und repressive Maßnahmen bislang das Problem nicht lösen, aber wird eine Legalisierung den illegalen Cannabis-Drogenmarkt austrocknen oder die OK eher dazu „angefeuert“ im Wettbewerb mit dem Staat eine wesentlich bessere Qualität anzubieten? Sind die aktuellen Bandenkämpfe zwischen der niederländischen Moco-Mafia und einem deutschen Drogenclan nach dem Diebstahl von 300 kg Haschisch schon erste Auswirkungen, um in Konkurrenz zum (irgendwann erhältlichen?) legalen Stoff den Markt mit Dumpingkreisen für eine gute Qualität anzubieten?

Eine bis dato verbotene Substanz wird nicht harmloser, weil man sie legalisiert oder den THC-Wert begrenzt, der vielen Konsumenten zu niedrig ist. Und 25 g sind nicht 25 g, denn bislang wurde der THC-Gehalt und nicht das Gewicht als Maßstab für die Einstufung einer geringen bzw. nicht geringen (und nun erlaubten) Menge gemessen. Oder hat sich daran was geändert?

Und letztendlich führt eine Freigabe alle bisherigen Präventionsbemühungen an Schulen und Jugendeinrichtungen ad absurdum. Die Absichtserklärung, man werde die Einnahmen der Cannabissteuer (ca. eine Milliarde Euro?) für Präventionsmaßnahmen und Suchtbehandlung einsetzen, bezweifle ich nach Erfahrungen mit (sich an Legislaturperioden orientierten) Präventionsprojekten. Eine Freigabe ist meines Er-

achtens eher die „Einladung zum Konsum“ und konterkariert den in diesem Zusammenhang oft zitierten Jugendschutz.

Die Cannabisfreigabe wird entgegen der Meinung von Befürwortern auch nicht zur Entlastung der Polizei oder der anderen zuständigen Ordnungsbehörden führen, denn der Cannabisanbau sowie -verkauf und -abgabe müssen weiterhin kontrolliert werden. Aber wie kann vor Ort der THC-Gehalt festgestellt werden oder ob die Substanz legal oder illegal erworben wurde? Bereits in DP 01/23 hat unser GdP-Bundesvorsitzender Jochen Kopelke zu Recht festgestellt „...“, dass wir ausbaden müssen, was andere aus Unwissenheit über unsere Tätigkeiten mit einem Federstrich verändern können“, und nennt weitere Beispiele, über die sich die Politik offensichtlich noch keine Gedanken gemacht hat.

Was bedeutet der Status quo für das Legalitätsprinzip? Wann wird der ohnehin überlastete Justizalltag „zusammenbrechen“ wenn aktuelle Fälle „liegen bleiben“, weil man sich mit „Altlasten“ beschäftigen muss.

Meine persönliche Meinung in klaren Worten: ein ideologisch geprägter Allround-Dilettantismus auf höchster politischer Ebene, ähnlich einem Handwerker, der „zwei linke Hände“ hat. Mit dem Unterschied, dass man diesen „zur Verantwortung“ für die Folgen seiner Dienstleistung ziehen könnte.

Und das Argument eines „verbesserten Jugendschutzes“ – nicht nur bezogen auf die Bannmeile von 100 Metern – ist blanker Zynismus. Wie sollen wir künftig bei Suchtpräventionsprojekten Jugendliche glaubwürdig(er?) davon überzeugen, dass frühzeitiger Konsum weiterhin die Gefahren einer späteren Abhängigkeit in sich birgt, weil sich die Substanz nach der Freigabe nicht verändert hat. Auch künftig werden wir Argumente zwischen „Recht auf Rausch“ versus „überzeugende Drogenprävention“ austauschen und die Volksdroge Cannabis im Spannungsfeld zwischen Freigabe und Auswirkungen auf den Kinder- und Jugendschutz beleuchten. Methodische Schritte in der Suchtprävention stellen zwar schon seit vielen Jahren die Ursachen – und nicht die Stofforientierung – in den Vordergrund, frei nach dem Motto „Legal – illegal – shitegal“, aber niemand weiß, wohin „die Reise geht“. Und so bleibt das Gefühl: SHIT happens

Jörg Schmitt-Kilian



Grafik: Jemmer Otto



TALENTSCHMIEDE 2.0 – MITARBEITEN IN DER GdP

Mentoring-Programm 2025 in Rheinland-Pfalz – jetzt bewerben

Mentoring ist in vielen Bereichen ein anerkanntes Instrument zur Personalentwicklung. Nachdem wir in Rheinland-Pfalz im Jahr 2018 das erste Mentoring-Programm erfolgreich abgeschlossen haben, werden wir im Frühjahr 2025 erneut ein solches Programm starten. Durch dieses Projekt wollen wir den Generationswechsel auf der Funktionärs-ebene mitgestalten und den Austausch von Wissen und Erfahrung zwischen langjährigen Funktionärinnen/Funktionären und Nachwuchskräften ermöglichen. Dies soll nicht alleine auf der Ebene Landesvorstand stattfinden, sondern kann ebenso auch in Kreis- und Bezirksgruppen erfolgen. Durch das Programm soll zwischen den Tandems (Mentorinnen/Mentoren und Mentees) eine berufliche

und partnerschaftliche Beziehung aufgebaut werden. Ziel ist, die Mentees in ihrer gewerkschaftlichen Entwicklung zu fördern und den Mentorinnen und Mentoren neue Eindrücke, Ideen und Sichtweisen zu ermöglichen.

Wie gestaltet sich das Programm?

- Das Projekt ist auf eine Laufzeit von zwölf Monaten angelegt. Innerhalb einer Auftaktveranstaltung sollen die Tandems ihre gegenseitigen Erwartungen festlegen.

Was passiert in diesen zwölf Monaten?

- Der Mentee soll intensive Einblicke in die Gewerkschaftsarbeit erhalten. Auch ge-

meinsame Projekte können geplant und umgesetzt werden.

Was wird erwartet?

- Die grundsätzliche Bereitschaft zum gewerkschaftlichen Engagement sowie eine Übereinstimmung mit den Grundsätzen und Zielen der GdP

Formlose Bewerbungen können bis 31. Dezember 2024 unter der Mailadresse: bewerbung-mentoring@gdp-rlp.de unter dem Betreff „Mentoring“ abgegeben werden.

Ein Gremium wird über die Zusammensetzung der Tandems entscheiden. ■

Die Polizeihubschrauberstaffel Rheinland-Pfalz feiert in diesem Jahr ihr 50-jähriges Jubiläum

Im Jahr 1973 begannen sieben Polizeivollzugsbeamte ihre Ausbildung zum fliegenden Personal bei der Fliegergruppe des Bundesgrenzschutzes in Bonn (Sankt Augustin).

1974 wurde dann die Polizeihubschrauberstaffel Rheinland-Pfalz am Verkehrslandeplatz in Worms gegründet, bevor sie an ihren jetzigen Standort, den Flugplatz Koblenz/Winningen umzog. Die ersten Hubschrauber waren vom Muster BO 105 des Herstellers Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB). 1990 wurde die PHuSt von der Bezirksregierung Koblenz ausgegliedert und der Bereitschaftspolizei Rheinland-Pfalz angegliedert.

Am 19. Juni 2000 war der erste Spatenstich für das neue und aktuelle Dienstgebäude, welches im September 2001 bezogen wurde. Der erste neue Hubschrauber vom Muster EC 135 wurde am 10. Juli 2002 in Dienst gestellt, der zweite folgte am 3. Juni 2004. Seit der offiziellen Übergabe des ersten FLIR-Systems am 13. März 2006, unterstützen auch FLIR-Oper-



Foto: Eric Betzing

ratorinnen/-Operatoren die Pilotinnen/Piloten und Flugtechnikerinnen/Flugtechniker bei der vielfältigen Aufgabenbewältigung. Im Jahr 2017 bekamen beide Hubschrauber neue Kamerasysteme, welche die Effizienz der Einsätze noch einmal erheblich verbesserten.

Im August 2024 wurden dann nach Jahren intensiver Planung und Projektarbeit die beiden neuen Polizeihubschrauber vom Muster Airbus

EC 145 D3 an die PHuSt RLP übergeben. Diese sind mit modernster Technik ausgestattet und verfügen nun unter anderem auch über Rettungswinden, welche in Zusammenarbeit mit der Berufsfeuerwehr Koblenz zur Personenrettung eingesetzt werden.

Natürlich sind auch diese beiden Hubschrauber mit neuester und modernster Kamertechnik ausgestattet, mithilfe derer eine Vielzahl von Einsatzszenarien abgearbeitet werden können. Aber auch die neuen Feuerlöschbehälter „Bambi Bucket“ bringen einen großen Gewinn. Diese fassen nun 800 Liter Löschwasser, die Vorgängermodelle nur knapp 400 Liter. Somit ist eine effizientere Brandbekämpfung aus der Luft möglich. Die steigenden Einsatzzahlen der letzten Jahre, auch im Bereich der Brandbekämpfung zeigen, wie wichtig auch dieses Einsatzmittel für den Katastrophenschutz geworden ist. Wir wünschen der Polizeihubschrauberstaffel alles Gute zum Jubiläum, viele weitere unfallfreie Jahre und „many happy landings“.

Eric Betzing



**Gewerkschaft
der Polizei**

Leidenschaft für mehr!

AUS DEM HPR P

Beschaffungsvorhaben für die Kriminalitätsbekämpfung werden besser strukturiert

Der Arbeitskreis Sachmittelausstattung Kriminalitätsbekämpfung (AKSK) soll gewährleisten, dass Ausstattungsbedarfe von S und K in einem standardisierten und transparenten Prozess erhoben sowie haushaltsreif in die Aufstellungsverfahren eingebracht werden können. Vertretende aller Behörden sollen einbezogen und mitwirken können. Beschäftigte können ihre Ideen an das funktionale Postfach des AKSK richten.

Fortentwicklung des Leitbildes

Das neue Leitbild soll in drei Phasen erfolgen. Nach einer Marktsondierung und Onlinebefragung der Mitarbeitenden wird eine AG eingerichtet und abschließend eine Kampagnenentwicklung erfolgen. Der Prozess dauert insgesamt bis Frühjahr 2027.

E-Akte in Strafsachen geht in den Wirkbetrieb

Nach guten Erfahrungen im Piloten wurde nun ein Konzept samt Prozessbeschreibungen, Aus- und Fortbildungskonzept sowie Zeitplan erstellt. Im Rahmen der Digitalisierung werden Papierdokumente gescannt, um medienbruchfrei vernetzt mit der Justiz arbeiten zu können.

Flächendeckende Einführung der Monocam

Nach einem Piloten, bei dem eine Technik zur automatisierten Überwachung von Ablenkungsverstößen bspw. die Handynutzung feststellen konnte, soll diese künftig landesweit genutzt werden. Die Rechtsgrundlage sieht das neue POG vor. Bis dahin erfolgen Marktschau und Vorbereitung von Erprobungen kommerzieller Hersteller.

Rahmendienstanweisung Vorgangsverwaltung

Es wurden Regelungen über die Dauer der Abarbeitung von Vorgängen und entsprechenden Prüfmechanismen der sog. Restanten geschaffen.

Fragebogen zur Evaluation der ZAB

Die Arbeitsbedingungen des neuen Kommissariats sollen analysiert und ggf. zum Wohle der Mitarbeitenden fortentwickelt werden.

Mehr Frauen an die Spitze

Der Frauenanteil in Führungspositionen soll erhöht, die berufliche Entwicklung von Frauen gefördert sowie deren Anteil in Gremien, Beiräten und Ausschüssen gesteigert werden. Eine Kollegin nimmt an diesem landesweiten Mentoring teil.

Erreichbarkeiten HPR P:

René Klemmer:	06.131/16-3370
Verena Schäfer:	-3365
Steffi Loth:	-3379
Sven Hummel:	-3380
Christian Günter:	-3233





Sterbefälle

Gabriele Lochner,
KG PP ELT Enkenbach-Alsenbach 61 Jahre

Karl Maathias Thiesen,
KG PP/PD Koblenz 87 Jahre

Gesundheitswegweiser

Seniorengruppe stellt Gesundheitswegweiser zusammen – nicht nur für Seniorinnen und Senioren



Foto: Markus Sjöhr

Sebastien Cultot, Markus Scheid, Axel Schreiner, Gerhard Remmet, Ernst Scharbach und Herbert Klein stellen der Landesvorsitzenden das Produkt vor: ein toller Hinweisgeber zu allen möglichen Fragen der Gesundheit auf der GdP-Homepage.

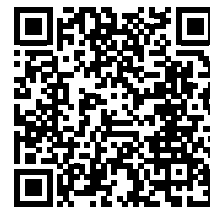
Recherchen der Senioren Herbert Klein und Gerhard Remmet im Internet führten zu der Idee, einen Gesundheitswegweiser für die Seniorinnen und Senioren zusammenzustellen. Dabei stießen sie auf umfangreiche Stoffsammlungen wie z. B. den Senioren-Weg-Weiser der Kommunen. Ausgesprochen hilfreich, jedoch fanden sich keinerlei Hinweise auf die speziellen Probleme für Polizeibeschäftigte wie der Beihilfe auf diesen Seiten. In weitergehenden Recherchen wurde festgestellt, dass bis auf die Kreise Trier-Saarburg und Bitburg-Prüm alle Kreise und kreisfreien Städte Seniorenwegweiser aufgelegt haben, die im Internet zu finden sind. Ergänzt durch Axel Schreiner und Ernst Scharbach fand sich eine kleine Vierer-AG, die die Idee der sinnvollen Ergänzung weiterverfolgte.

In den letzten Monaten ist ein breit angelegter Gesundheitswegweiser entstanden, der nicht nur für Seniorinnen und Senioren von Bedeutung ist, sondern für alle Mitglieder wichtige Informationen rund um das Thema Gesundheit enthält. Du suchst Infos zum Thema Beihilfe? Das richtige Kranken-

haus? Zertifizierte Kliniken für Onkologie? Infos zur Pflege? Spezielle Leistungen der GdP?

Auf unserer Homepage unter <https://www.gdp.de/rheinland-pfalz/de/unsere-themen/gesundheitswegweiser> findest du zu vielen Fragen rund um die Gesundheit Informationen. Technisch wurde die Seite von Sebastien Cultot (GdP-Geschäftsstelle) eingestellt und wird von ihm betreut.

Das Besondere: Es handelt sich vorwiegend um eine Sammlung von Links. Dadurch besteht in allen Fällen ein Zugriff auf die aktuellen Informationen der Anbieter. Eine Gewährleistung der Richtigkeit der Angaben kann die GdP selbstverständlich



nicht übernehmen; die Links dienen als Informationsquelle, quasi als Hilfe zur Selbsthilfe. Schaut mal rein. Kritik und Anregungen sind erwünscht. ■

Anzeige



**SCHWABENLAND
TOURISTIK**

PSW POLIZEISOZIALWERK-REISEN

Partner der Gewerkschaft der Polizei
in Baden-Württemberg, Saarland und Rheinland-Pfalz



Auf www.schwabenlandreisen.de
findest du viele weitere Reisen

Einfach QR-Code scannen

**FÜR DETAILLIERTEN
REISEVERLAUF BITTEN WIR
UM KONTAKTAUFNAHME**

MEER ERLEBEN MIT SCHWABENLAND

Rufen Sie unsere fachkundigen Mitarbeiter*innen an 0711 40269900



1.199€
ORIENT MIT OMAN AB ABU DHABI Z.B. vom 23.12.2024 bis 29.12.2024 7 Tage ab/bis Abu Dhabi mit AIDAprima
2.399€
THAILAND, MALAYSIA, SINGAPUR & VIETNAM Z.B. vom 23.12.2024 bis 06.01.2025 14 Tage ab/bis Bangkok/Laos/China mit AIDAstella
1.999€
KANAREN MIT MAROKKO AB LAS PALMAS Z.B. vom 22.12.2024 bis 29.12.2024 7 Tage ab/bis Las Palmas mit Mein Schiff 7
2.999€
MITTELAMERIKA AB JAMAICA Z.B. vom 23.12.2024 bis 06.01.2025 14 Tage ab/bis Montego mit Mein Schiff 1
899€
DONAU ADVENTZAUBER BIS BRATISLAVA Z.B. vom 14.12.2024 bis 19.12.2024 6 Tage ab/bis Passau mit A-ROSA FLORA

Zentrale Terminal 3 - Roseneck, 70629 Stuttgart Flughafen, Tel. 0711/40269900, Fax 0711/40269919, info@schwabenlandtouristik.de, www.schwabenlandtouristik.de



Ab in die Alpen!

Der Fachausschuss Gesundheit hatte zur Bergwanderungen nach Seefeld/Tirol eingeladen und einige waren dem Aufruf gefolgt. Drei Nächte waren die insgesamt sechs Personen gut untergebracht und versorgt.

Das durchwachsene Wetter hat die Gruppe nicht davon abgehalten, die Tiroler Bergwelt aktiv zu genießen. Nach einem „Warm-up“-Spaziergang am Ankunftstag, ging es dann wirklich ins Gebirge. Das Highlight war sicher die Rundwanderung von der Rosshütte hinauf zur Seefelder Spitze, über das Reither Joch und die Reither Spitze zur Nördlinger Hütte. Nach genüsslicher Einkehr ging es auf schönem Höhenweg hinüber zum Härmelekopf. Hinab ging es dann mit der Seil- und Standseilbahn.

Die Runde war nicht ganz leicht, aber für alle in der Gruppe gut zu meistern.

Stefan Engel, Vorsitzender Fachausschuss Gesundheit:

„Das war die erste Bergtour dieser Art und die Teilnehmenden hatten nach eigener Aussage viel Spaß dabei. Die Fragen nach dem nächsten Termin waren da. Ich hatte zwar die Touren vorgeschlagen, aber letztlich wurde gemeinsam entschieden, was wir machen. Nach den gemachten Erfahrungen möchte ich solche Touren wieder anbieten. Auf jeden Fall wieder im Sommer, vielleicht aber auch mal im Winter mit leichteren Schneeschuhtouren beziehungsweise Winterwanderungen.“

Lasst uns gemeinsam aktiv sein und Spaß haben. Wir freuen uns auf euch!“ ■



Foto: Stefan Engel
Stephano Borrero-Wolff, Petra Engel, Matthias Jung, Christoph Hanschke, Benedikt Knerr, Stefan Engel



Geburtstage

70 Jahre

Franz Burg, HdP
Gregor Gerhardt, Neuwied/Altenkirchen
Gerhard Klemens Gerz, Westerwald/Rhein-Lahn
Helmut Herrmann, Landeskriminalamt
Heinrich Humbert, Südpfalz
Günter Schneider, PP/PD Mainz
Kurt Schulz, PP Trier

75 Jahre

Anneliese Göbel, Landeskriminalamt
Martin Hägele, Vorderpfalz
Joachim Mager, PD Wittlich
Günter Schramm, PP ELT Mainz

80 Jahre

Ursula Gerhart, PD Worms
Marlis Müller, Vorderpfalz

85 Jahre

Werner Helfrich, PD Worms
Claus Schäfer, PD Mayen

90 Jahre

Horst Udersbach, Landeskriminalamt

100 Jahre

Karl Moll, Neuwied/Altenkirchen

Ruheständler

Martin Baumgartner, KG PP/PD Koblenz
Manfred Bublies, KG PP/PD Mainz
Andreas Orth, KG PD Trier
Friedrich Pusse, KG PD Pirmasens
Mario Schimansky, KG PP ELT Enkenbach-Alsenborn

MITGLIEDERVERSAMMLUNG DER KREISGRUPPE

Andrija Dolic hat in Koblenz übernommen

Bei der Mitgliederversammlung im Juni wurden die Listen für die Personalratswahlen 2025 und den Bezirksdelegiertentag 2024 präsentiert und viele Informationen gewährt. Es ging um die Verbesserungen von Bedingungen, u. a. im Rahmen der AG Kribe 5.0 und die Umbauarbeiten im Polizeipräsidium Koblenz.



Sascha Büsch berichtet der Versammlung von den aktuellen Themen.
Foto: Andrija Dolic

Ehrungen und Neuwahlen

Neben den Jubilaren für 25 und 40 Jahre Mitgliedschaft wurden besonders Irmina Mischker, Werner Gehrman, Jörg Schmitt-Kilian, Edgar Peterson, Karl Mathias Thiesen und Peter Wald für 50 Jahre Mitgliedschaft und Willi Roth, Wilfried Rindsfüßer und Artur Reutelsterz für beachtliche 60 Jahre Mitgliedschaft geehrt. Allen Jubilaren nochmals herzliche Glückwünsche.

Der langjährige Kreisgruppenvorsitzende Sascha Büsch übergab sein Amt an den frisch gewählten Andrija Dolic. Die Kreisgruppe dankt Sascha nochmals für seinen unermüdeten und hoch engagierten Einsatz!

Ausblick: Es stehen folgende Aktionen bereits in den Startlöchern: Besuch des Koblenzer Oktoberfestes, Kinoabend und ein Senioren-Sommerfest.

Andrija Dolic